

**Niederschrift**

Gremium	Sitzung - GESO/005/04			
	Wochentag, Datum	Ort	Beginn	Ende
Gesundheits- und Sozialausschuss	Mittwoch,  17.03.2004		17:00Uhr	19:00Uhr

**Tagesordnung:**

Öffentliche Sitzung

- 1 Eröffnung, Begrüßung und Bürgersprechstunde
- 2 Festsetzung der Beschlussfähigkeit und Bestätigung der Tagesordnung
- 3 Genehmigung der Niederschrift vom 25.02.2004
- 4 A wurde mit Änderungsantrag 0190/03/1 zur Kenntnis genommen  
Vorlage: A0190/03
- 5 Die I 0067/04 wurde von den Stadträten zur Kenntnis genommen.  
Vorlage: I0067/04
- 6 Präsentation zu Hartz IV durch das Sozial- und Wohnungsamt
- 7 Berichterstattung aus dem Arbeitskreis "Altenplanung"
- 8 Vorschläge für weitere Tagungsorte des GeSo bis Juni 2004
- 9 Verschiedenes

Anwesend:

**Vorsitzende/r**

Stadtrat Olaf Czogalla

**Mitglieder des Gremiums**

Stadtrat Jens Ansorge

Stadtrat Norbert Bischoff

Herr Thorsten Giefers

Frau Kornelia Keune

Stadtrat Michael Stage

Stadtrat Guido Cracau

Stadtrat Hugo Boeck

Stadtrat Ulrich Germer

Herr Dieter Weigelt

## Öffentliche Sitzung

---

### 1. Eröffnung, Begrüßung und Bürgersprechstunde

---

Der Vorsitzende des Ausschusses, SR Czogalla eröffnet die Sitzung und begrüßt die Stadträte, die Mitarbeiter der Verwaltung, die Beauftragten sowie die sachkundigen Einwohner. Eine Bürgersprechstunde findet nicht statt.

### 2. Festsetzung der Beschlussfähigkeit und Bestätigung der Tagesordnung

---

SR Czogalla stellt die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest. Der TOP 7 Berichterstattung aus dem AG „Altenplanung“ entfällt, da keine Sitzung stattfand. Die Tagesordnung wird in geänderter Form mit 7 – 0 – 0 angenommen

### 3. Genehmigung der Niederschrift vom 25.02.2004

---

Die Niederschrift vom 25.02.2004 wird mit 5 – 0 – 2 ohne Änderungen angenommen.

### 4. A wurde mit Änderungsantrag 0190/03/1 zur Kenntnis genommen Vorlage: A0190/03

---

Anwesend zu diesem TOP war Herr Warschun, Amtsleiter des Umweltamtes. Er erläutert den Inhalt dieser Stellungnahme. Die Verbrennungsphase für dieses Jahr ist seit 2 Tagen beendet. Bei der messtechnischen Begleitung wurde keine Überschreitung der Feinstaubpartikel und keine Erhöhung der Staubbelastung durch Gartenfeuer festgestellt. Eine Belastung für kranke und anfällige Personen in der Bevölkerung ist jedoch erhöht. In einem Gespräch mit dem Verband der Gartenfreunde wurde festgestellt, dass auch diese gegen das Verbrennen von Gartenabfällen sind. Es besteht keine Notwendigkeit, Gartenabfälle zu verbrennen, wenn die Stadt (SAW) nach Anforderung Container bereitstellt. Aus gesundheitlichen Aspekten wird dies begrüßt.

Die Bestellung von Containern kann durch einzelne Parzellennutzer bzw. durch die Gartengemeinschaft erfolgen. Weiterhin besteht die Möglichkeit, Abfälle direkt zur Deponie zu fahren. Durch den OB soll bis zur nächsten Verbrennungsphase eine Verordnung erlassen werden, die das Verbrennen von Gartenabfällen verbietet.

Herr Giefert begrüßt ein politisches Votum des Ausschusses zur Änderung.

SR Bischoff stellt zum A 0190/03 einen Änderungsantrag mit folgendem Wortlaut:

„ Der Stadtrat begrüßt die Absicht des Oberbürgermeisters, das Verbrennen von Gartenabfällen im gesamten Stadtgebiet von Magdeburg generell zu untersagen und die Anpassung der entsprechenden Verordnung vorzunehmen.“

Dieser Änderungsantrag wird wie folgt abgestimmt: 3 – 0 – 4

Der Änderungsantrag wird mehrheitlich angenommen.

5. Die I 0067/04 wurde von den Stadträten zur Kenntnis genommen.  
Vorlage: I0067/04
- 

Durch 2 Mitarbeiter des Sozial- und Wohnungsamtes erfolgt eine Präsentation zum Case Management.

Für 20 Mitarbeiter fand von Oktober bis Dezember 2003 eine zukunftsweisende Weiterbildung statt, die aus insgesamt 6 Seminarblöcken (Modulen) bestand. Mit der Umsetzung des Case Managements soll ab 01.10.2004 begonnen werden.

Nach der Präsentation wurden vielfältige Fragen der Stadträte beantwortet. Insbesondere wurde festgestellt, dass bei Anwendung des vorgeschlagenen Betreuungsschlüssels von 1:70 dies zu einem erheblichen Personalmehrbedarf führen würde.

SR Czogalla stellte die Frage, ob Erfahrungen anderer Städte mit dem Case Management bereits ausgewertet wurden. Magdeburg ist in Sachsen-Anhalt die einzige Stadt, die beabsichtigt, das Fallmanagement einzuführen.

Eine weitere Ausbildung weiterer Case Manager ist derzeit aus finanziellen Gründen nicht möglich.

Die I 0067/04 wird von den Stadträten zur Kenntnis genommen.

6. Präsentation zu Hartz IV durch das Sozial- und Wohnungsamt
- 

Frau Borris erläutert anhand von Bildmaterial das neue SGB II. Das Material wird den Stadträten zur Verfügung gestellt.

Verhandlungen mit der Agentur für Arbeit werden geführt. Konkrete Aussagen, ob die Stadt eine Arbeitsgemeinschaft bildet oder das Optionsmodell bevorzugt, gibt es derzeit noch nicht. Ein Gesetz existiert noch nicht, es gibt weiterhin viele offene Fragen.

Die Stadträte bitten darum, in den nächsten GeSo-Sitzungen weiterhin Informationen durch die Verwaltung zu diesem Thema zu erhalten.

In der nächsten Zeit wird in den Fraktionen ebenfalls diese Präsentation stattfinden, um alle Stadträte über die Wichtigkeit der Einführung des SGB II zu unterrichten.

Im April wird es für die Stadträte dazu eine Klausurtagung geben.

SR Czogalla regt an, dass die Arbeitskreise „Soziales“ der jeweiligen Fraktionen sich mit diesem Thema eingehender befassen.

SR Ansorge bittet um unbedingten Austausch von Informationen. Finanzielle Risiken sollen nach Möglichkeit von der Stadt ferngehalten werden.

7. Berichterstattung aus dem Arbeitskreis "Altenplanung"
- 

Dieser TOP entfällt, da keine Tagung des Arbeitskreises stattfand.

## 8. Vorschläge für weitere Tagungsorte des GeSo bis Juni 2004

---

Auf Wunsch der Stadträte soll die nächste Sitzung des GeSo-Ausschusses im Neuen Rathaus stattfinden. Frau Pietschmann wird dazu Kontakt mit Herrn Ragotzki (Amt 13) aufnehmen. Die Sitzung im Mai soll dann in der AQB (Porsestraße) stattfinden.

## 9. Verschiedenes

---

Frau Bröcker informiert die Stadträte, dass es Änderungen beim Land gibt. Ein Gespräch mit dem Sozialministerium ergab, dass die Aufgaben der überörtlichen Sozialhilfe nicht vom Land übernommen werden, sondern nach Rückinformation des Ministeriums komplett bei der Stadt bleiben werden. Diese Information wurde mündlich erteilt, eine schriftliche gibt es noch nicht.

Die Niederschrift erhält ihre endgültige Fassung mit Bestätigung in der darauffolgenden Sitzung.



Olaf Czogalla  
Vorsitzende/r

Evelyn Pietschmann  
Schriftführer/in